

Resolution Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 168. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 28. November 2019

ÖSTERREICHS ZUKUNFT GESTALTEN – WO BESTEHT HANDLUNGSBEDARF

Österreich ist ein lebenswertes Land. Der Name Österreich steht international für Qualität. Unsere Fachkräfte sind hervorragend ausgebildet. Unsere Produkte und Dienstleistungen stehen weltweit hoch im Kurs. Die soziale Sicherheit ist ein Vorbild für viele fortschrittliche Länder der Welt. Diese Erfolge sind das Ergebnis des rot-weiß-roten Wegs des sozialen Zusammenhalts, des Ausgleichs und des Dialogs.

In den vergangenen eineinhalb Jahren wurde dieser Erfolgsweg des Dialogs und Ausgleich von der alten Bundesregierung verlassen. Dabei wäre es dringend notwendig, dass die nächste Bundesregierung sich wieder um die Anliegen der Beschäftigten kümmert.

Die ArbeitnehmerInnen spüren, dass der Druck auf sie immer größer wird. Die Arbeitsverdichtung nimmt zu, die beruflichen Anforderungen steigen, die Arbeitszeit wird entgrenzt. Damit steigt auch der Druck im Privat- und Familienleben.

Für die BAK ist klar: Die ArbeitnehmerInnen haben Respekt und Anerkennung für ihre Leistungen verdient. Respekt heißt, dass die Interessen der Beschäftigten in der Gesetzgebung und in wichtigen Institutionen berücksichtigt werden. Respekt heißt: bessere Arbeitsbedingungen und hohe Lebensqualität für alle. Respekt heißt: die ArbeitnehmerInnen bei der Bewältigung der Klimakrise mitzunehmen.

Die BAK ist eine demokratische und unabhängige Institution. Institutionen wie die Interessenvertretungen, eine selbstverwaltete Sozialversicherung, freie und unabhängige Medien, Rechnungshof, Nationalbank, Statistik Austria oder NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen sind zentrale Elemente unserer Demokratie und Gesellschaft.

Verantwortungsvolle Regierungspolitik bedeutet, den Dialog mit allen zu suchen. Eine verantwortungsbewusste Regierung setzt sich auch mit den Meinungen anderer Organisationen und ExpertInnen auseinander. Nur so findet man vernünftige und nachhaltige Lösungen.

Die AK, der ÖGB und die Gewerkschaften sind die Anwälte von ca 4 Millionen arbeitenden Menschen – und dieses Mandat nehmen wir sehr ernst. Wir kämpfen täglich gemeinsam für eine gerechtere Arbeitswelt. Mit dem AK-Zukunftsprogramm hat die AK ihre Leistungen in den zentralen Bereichen Digitalisierung, Wohnen, Pflege und Bildung weiter ausgebaut. 150 Millionen Euro werden in den nächsten 5 Jahren alleine zur Unterstützung der AK-Mitglieder im digitalen Wandel investiert.

Wir sind täglich in Kontakt mit unseren Mitgliedern und wissen daher ganz genau, wie der Alltag der arbeitenden Menschen aussieht und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind. Wir kennen die politischen Herausforderungen der nächsten Jahre, können die Lösungswege skizzieren und Forderungen an die künftige Bundesregierung ableiten.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer beschließt daher in diesem Sinn:

Die künftige Bundesregierung soll wieder den Dialog mit den ArbeitnehmerInnen suchen. Als Vertretung der beinahe 4 Millionen ArbeitnehmerInnen, unseren Mitgliedern, steht die BAK bereit, Lösungen anzubieten und sich aktiv einzubringen.

In den folgenden acht Themenfeldern herrscht dringender Handlungsbedarf:

- 1. Arbeitsbedingungen: Die Menschen in Österreich leisten extrem viel und verdienen Respekt. In den letzten Jahren ist die Produktivität ständig gestiegen – und damit auch der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten. Wir wollen, dass Österreich in Sachen Fairness bei den Arbeitsbedingungen Weltspitze wird.**
- 2. Arbeitsmarkt und Konjunktur: Das Wirtschaftswachstum bremst sich ein. Das Schlimmste an so einer Wirtschaftsflaute ist die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Die BAK fordert daher von der nächsten Regierung ein Beschäftigungs- und ein Klimaschutzinvestitionspaket, beides schwächt die negativen Folgen einer Wirtschaftsflaute für die ArbeitnehmerInnen ab.**
- 3. Soziale Sicherheit: Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und der Klimakrise, gerade in Zeiten großer Veränderungen und Umbrüche brauchen die Menschen die Sicherheit, die nur der Sozialstaat bietet. Davon profitieren letztendlich alle. Jede/r einzelne soll sich auf den Sozialstaat verlassen können – in jeder Phase des Lebens. Dafür müssen aber auch alle einen fairen Beitrag leisten!**
- 4. Steuergerechtigkeit: Unser Steuersystem ist ungerecht. Internationale Konzerne und sehr Reiche zahlen kaum Steuern, während die ArbeitnehmerInnen sehr viel beitragen. Wir fordern daher eine faire Verteilung der Verantwortung für einen sozialen Wohlfahrtsstaat. Dazu zählen vor allem: Lohnsteuersenkung von zumindest 3,5 Milliarden Euro zum Ausgleich der kalten Progression; Einführung einer Millionärsabgabe sowie einer Erbschafts- und Schenkungssteuer (ab 1 Mio. Euro) zur Pflegefinanzierung; schließen aller Schlupflöcher für Konzerne; Einführung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne.**

5. **Geschlechtergerechtigkeit:** Frauen und Männer müssen ihr Leben frei gestalten können. Ein eigenes und existenzsicherndes Einkommen ermöglicht Frauen ein wirtschaftlich unabhängiges Leben. Dafür sind geeignete Rahmenbedingungen wie ganztägige Kinderbildungseinrichtungen notwendig.

6. **Bildungschancen:** Bildung ist der wertvollste Rohstoff einer modernen Gesellschaft. Die Arbeiterkammer fordert daher ein Bildungssystem, in dem jedes Kind so gefördert wird, dass es seine/ihre Talente entwickeln kann. Kritisches Denken und freie Meinungsäußerung sind der Grundstein unserer Demokratie, und Bildung ist ihr Zement. Eine moderne Finanzierung der Bildungseinrichtungen muss gewährleisten, dass jedes Kind seine Chance für den persönlichen Bildungserfolg bekommt. Im Zeitalter des lebenslangen Lernens und der Digitalisierung muss auch gewährleistet sein, dass für die Erwachsenenbildung ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden; das beinhaltet sowohl Zeitkontingente als auch finanzielle Unterstützung.

7. **Leistbares Wohnen:** Das Dach über dem Kopf wird für immer mehr Menschen zur Existenzfrage. Die Kosten für private Mietwohnungen sind den Einkommen längst davongaloppiert. Dazu kommt, dass befristete Mietverträge mittlerweile nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sind. Wohnen müssen alle, daher setzt sich die BAK für leistbaren Wohnraum ein. Bundes- und Landesregierung(en) haben die Nachhaltigkeit der Wohnbauförderung sicherzustellen.

8. **Klimaschutz:** Die Klimakrise ist Realität, und sie wird eindeutig von uns Menschen verursacht – das ist die schlechte Nachricht. Es gibt aber auch eine gute: Wir können etwas dagegen tun. Es muss rasch etwas getan werden. Statt Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu riskieren, braucht es ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die sozial ausgewogen sind und langfristig wirken. Dieser Prozess muss gerecht und im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestaltet werden. Strategien für diese sogenannte „Just Transition“ nehmen die klimapolitischen Erfordernisse ernst und stellen gleichzeitig ArbeitnehmerInnen ins Zentrum.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig